

Sitzungsniederschrift

5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 28.06.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:45 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Jacobsen, Alfred	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Harald Bathmann
Buss, Sarah	CDU/FDP	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Krüger, Detlev	FW im Landkreis Aurich	
Ott, Gunnar	GRÜNE	
Reinders, Hermann	CDU/ FDP	Vertretung für Herrn Harald Tammen
Stange, Axel	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Friede Schoone
Wienbecker, Johann	FW im Landkreis Aurich	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Brötje, Helge		Gewerkschaften
Edzards, Jochen		Verkehrsverbund Ems-Jade
Verwaltung		

Meinen, Olaf	Landkrat
Smolinski, Sebastian	Dezernent
Kleen, Jens	Amtsleitung 40
Orlik, Holger	Amtsleitung 80
Toepfer, Sylvia	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Bathmann, Harald	SPD
Saathoff, Georg	SPD
Schoone, Friede	SPD
Stöhr, Uwe	SPD
Tammen, Harald	CDU/FDP
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP

Grundmandat

Seelgen, Blanka	DIE LINKE.
-----------------	------------

Beratende Mitglieder

Neumann, Hartmut	Industrie-und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
Valentien, Helge	Handwerkskammer Ostfriesland
Wagner, Erich	DEHOGA

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2022
5. Einwohnerfragestunde
6. Sachstandsberichte
 - 6.1. Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes "Verkehrsregion Ems-Jade (ZVEJ)" sowie einer Gesellschaft "Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)"
Vorlage: X-MV/2022/017
 - 6.2. Projekt "Digitale Fahrgast Information"
 - 6.3. Planungsstand über die bevorstehenden Vorabbekanntmachungen zur Vergabe der Linienbündel gem. Nahverkehrsplan



7. Vorstellung des Konzeptes der Zukunftsregion Ostfriesland
Vorlage: X-MV/2022/016
 8. Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung, Satzungsänderung der
"Team Telematikzentrum GmbH Norden"
Vorlage: X/2022/082
 9. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
 10. Einwohnerfragestunde
 11. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Jacobsen eröffnet die fünfte Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV um 15:00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Jacobsen stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Jacobsen stellt die ordnungsgemäße Tagesordnung im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2022

Abg. Ott beantragt, das Protokoll im Tagesordnungspunkt 7 zu ergänzen. Er habe ebenfalls gefordert, nicht direkt abzustimmen. Die direkte Abstimmung nach dem Vortrag, ohne Beratungsmöglichkeit in der Fraktion sei aus seiner Sicht unglücklich.

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.03.2022 wird mit Aufnahme der beantragten Änderung des Protokolls einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 6 Sachstandsberichte

Herr Kleen trägt zur Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes „Verkehrsregion Ems-Jade (ZVEJ)“ sowie einer Gesellschaft „Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter



Haftung (GVEJ)“, zu dem Projekt „Digitale Fahrgast Information“ und zu dem Planungsstand über die bevorstehenden Vorabbekanntmachungen zur Vergabe der Linienbündel gem. Nahverkehrsplan vor. Die Präsentationen liegen dem Protokoll bei.

TOP 6.1 **Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes "Verkehrsregion Ems-Jade (ZVEJ)" sowie einer Gesellschaft "Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)"**
Vorlage: X-MV/2022/017

Abg. Looden fragt, wer die Kosten für den laufenden Betrieb übernimmt.

Herr Kleen antwortet, dass die anfallenden Kosten, bereits zu einem Großteil aus Mitteln der allgemeine Vorschrift (§7 Abs. 4 NNVG) gedeckt werden. Dabei handle es sich hauptsächlich um dem Landkreis zur Verfügung gestellte Landesmittel, , die nach Einwohnerzahl und nach Flächengröße berechnet würden. Ein Teil dieses Geldes könnte verwendet werden, um das zusätzliche Personal zu bezahlen.

Abg. Ott begrüßt die Planung zur Gründung eines ZVEJ. Zur Digitalisierung fragt er, ob das Angebot des ÖPNV dies bereits hergebe. Er merkt an, dass er es für sinnvoller halte, zunächst die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Herr Kleen verweist auf den folgenden Tagesordnungspunkt 6.3. Im Nahverkehrsplan sei vermerkt, welche langfristigen Ziele es gebe, und mit welchen Maßnahmen bereits begonnen werden könne.

Abg. Buss fragt, warum der Digitalisierungsprozesses einen derartig langen Vorlauf benötige. Warum würde ein Jahr Vorlauf bis zur Gründung des ZVEJ eingeplant? Sie halte die große Lösung für sinnvoll, um die gesamte Region zu entwickeln und den Bürgerinnen und Bürgern den größtmöglichen Mehrwert zu bieten. Sie fragt nach einem gemeinsamen Fahrplan für gemeinsame Aktivitäten der Landkreise und Städte.

Herr Kleen erklärt, dass die lange Umsetzungsdauer den gesetzlichen und tarifrechtlichen Vorgaben der öffentlichen Hand geschuldet sei. Nach der Gründung des ZVEJ müsse Personal von A nach B transferiert werden. Es müssten Abordnungen organisiert werden und/ oder Fachpersonal hinzugezogen werden, was wiederum Ausschreibungen bedürfe. Zudem müsse man Bedarfsplanungen durchführen. Dieser Prozess benötige Zeit. Die Gebietskörperschaften würden an einer gemeinsamen Lösung anstehender Aufgaben arbeiten.

TOP 6.2 **Projekt "Digitale Fahrgast Information"**

Abg. Buss fragt, ob auch die digitale Fahrgast Information in Abstimmung mit den Partnern umgesetzt würde.

Herr Kleen bejaht die Frage von **Abg. Buss**.

TOP 6.3 **Planungsstand über die bevorstehenden Vorabbekanntmachungen zur Vergabe der Linienbündel gem. Nahverkehrsplan**

Herr Kleen berichtet über geplante Linienbündel und berichtet, dass auch die Stadt Aurich bis 2024 den Stadtverkehr neu organisieren muss.

Abg. Gossel fragt, ob es Absprachen hinsichtlich des Stadtbusverkehrs mit der Stadt Aurich gebe.

Herr Kleen antwortet, dass man der Stadt angeboten habe, dort auch Planungsleistungen zu übernehmen. Eine konkrete Rückmeldung bzw. die klare Abstimmung stehe noch aus.

KR Smolinski ergänzt, dass ein zweiwöchentlicher Jour fix mit der Stadt diesbezüglich verabredet sei. Dieser Termin sei krankheitsbedingt bisher jedoch noch nicht zustande gekommen, werde aber nachgeholt.

TOP 7 **Vorstellung des Konzeptes der Zukunftsregion Ostfriesland**
Vorlage: X-MV/2022/016

Herr Stüber von der Dieter Meyer Consulting GmbH stellt das Konzept der Zukunftsregion Ostfriesland vor. Das Programm „Zukunftsregionen in Niedersachsen“ ist ein Förderprogramm des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten. Die Grundidee des Programms liege darin, dass sich in Niedersachsen Landkreise und kreisfreie Städte zusammenschließen, um durch eine neue Kooperation bzw. eine Vertiefung von Kooperationen neue Impulse und neue Wachstumspotentiale zu erschließen. Als Anreiz sei dieses Programm mit Förderungen versehen. Im vergangenen Jahr hätten sich die Landkreise Aurich, Leer und Wittmund sowie die Stadt Emden dazu entschlossen, sich als Zukunftsregion Ostfriesland zu bewerben und eine Interessensbekundung abzugeben. Nach Auswertung der Interessensbekundung wurde die Region aufgefordert, ein Zukunftskonzept zu erarbeiten und einzureichen. **Marco Stüber** von der Firma Dieter Meyer Consulting GmbH (MCON) wurde daraufhin von der Region beauftragt, die Konzeptentwicklung für die Region zu unterstützen. Er erklärt die nächsten Schritte, wenn das nun vorgelegte Konzept vom Land ausgewählt würde. In diesem Falle könne ein gefördertes Regionalmanagement besetzt werden, das potentielle Projektträger unterstützt, aus der Region heraus Projekte umzusetzen, die durch eine Steuerungsgruppe vorentschieden werden sollen. Wenn die Bewerbung erfolgreich sein sollte, könnten in der „Zukunftsregion Ostfriesland“ laut **Marco Stüber** in folgenden sechs Themenbereichen Kooperationen vertieft und entsprechend dafür Projekte entwickelt werden:

- (1) Ostfriesland solle zu einer digitalen Region gemacht werden (bspw. Entwicklung eines digitalen Marktplatzes für die Region).
- (2) Gründungs- und Startup-Förderung sollen unterstützt und ausgeweitet werden.
- (3) Ostfriesland möchte zu einer Region innovativer Arbeitsorte und Arbeitsweisen werden (New Work, Co-Working-Spaces, etc.).
- (4) Innovations-/ Technologietransfers und Transfernetzwerke sollen vertieft werden.
- (5) Die starke kulturelle Identität Ostfrieslands solle anhand von Standortmarketing vermehrt nach außen getragen werden, um die Region attraktiver zu machen.
- (6) Innovative Ansätze der Freizeit- und Touristikentwicklung sollen gefördert und angeregt werden.



Es solle durch das Konzept der Zukunftsregion Ostfriesland die Basis geschaffen werden, um die Umsetzung proaktiv voranbringen zu können.

Abg. Ott fragt, ob man den Begriff Zukunftsregion auch in Hinblick auf eine stärkere Kooperationsbasis im Katastrophenschutz verstehen könne. Dies betreffe zwar nicht den Bereich Wirtschaft und Tourismus, sei jedoch auch eine wichtige Zukunftsfrage.

Marco Stüber entgegnet, dass dies im Rahmen des Programmes nicht vorgesehen sei.

Abg. Buss merkt an, dass sie eine Gefahr darin sieht, dass ein Arbeitskreis gebildet werde, der keine produktiven Ergebnisse erzielt und in den Strukturen versinke. Es sei ihr wichtig, dass die Fördergelder sinnvoll eingesetzt werden. Sie fragt, ob der eigentragene Anteil von privatwirtschaftlichen Finanziers oder von den Landkreisen getragen werden solle.

Marco Stüber entgegnet, dass die Ko-Finanzierung sowohl von den Antragstellern als auch von Dritten getragen werden können., .

Abg. Gossel fragt, wer für die Kofinanzierung zuständig ist.

Marco Stüber erläutert, dass es üblich sei, dass der Projektträger den Eigenanteil mitbringe.

TOP 8 **Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung, Satzungsänderung der "Team Telematikzentrum GmbH Norden"**
Vorlage: X/2022/082

Mit Schreiben vom 24.06.2022 stellte die Fraktion: „Bündnis 90, Die Grünen“ einen Änderungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Es wird darin beantragt, die Satzungsänderung zur Wirtschaftsförderung um den sozialen Wohnungsbau zu erweitern und mit dem Titel „Förderung der Wirtschaft und des sozialen Wohnungsbaus“ zu versehen.

Abg. Ott erläutert den Änderungsantrag. **Abg. Buss** stimmt den Ausführungen des **Abg. Ott** im Grundsatz in allen Punkten zu jedoch sei sozialer Wohnungsbau keine ordinäre Aufgabe der „Team Telematikzentrum GmbH Norden“. Dass die Schaffung sozialen Wohnraums in der Satzung aufgeführt sei, liege daran, dass man eine Rechtsgrundlage schaffen musste, um für geflüchtete Menschen Wohnraum schaffen zu können, die aufgrund des rechtlichen Status nicht mehr als Geflüchtete eingestuft werden können.. Die „Team Telematikzentrum GmbH Norden“ sei zu keinem Zeitpunkt als Wohnungsbaugesellschaft geplant gewesen. Die Frage, ob der Landkreis eine solche Gesellschaft bräuchte, halte sie für absolut berechtigt und sei einen eigenen Antrag wert. Rechtlich gesehen liege die Zuständigkeit für die Thematik aber nicht in diesem Ausschuss. **Abg. Buss** stellt daraufhin folgenden Satzungsänderungsantrag: §2 Ziff.2 Punkt 8 der Satzung der „Team Telematikzentrum GmbH Norden“ solle um folgenden Satz ergänzt werden: „Hier wird vorrangig die Förderung der Unterbringung von geflüchteten Menschen bezweckt.“

KR Smolinski ergänzt, dass die Formulierung, die aus der bestehenden Satzung hervorgehe, der besonderen Historie geschuldet sei. 2016 im Zuge der Flüchtlingskrise galt es, schnell und pragmatisch Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen zu schaffen, in dem das Gebäude in Utlandshörn von der TMZ GmbH erworben



wurde. Sozialer Wohnungsbau sei insoweit keine grundsätzliche Zuständigkeit der TMZ GmbH..

Abg. Ott fragt, ob wenn in diesem Antrag Flüchtlinge genannt wären, für die es Wohnraum zu schaffen gelte, der Antrag in diesem Ausschuss richtig aufgehoben sei.

Abg. Buss entgegnet, dass beide Anträge als Satzungsänderungsanträge grundsätzlich in dem Ausschuss richtig aufgehoben seien.

Abg. Ott würde gerne über den gestellten Antrag abstimmen lassen, kündigt jedoch an, dass er einen weiteren Antrag stellen werde.

KR Smolinski erklärt, dass es letztlich in die Zuständigkeit des Kreistages gehöre, über eine wesentliche Änderung oder Erweiterung der Satzung einer kommunalen Gesellschaft zu entscheiden.

Abg. Seelgen stimmt im Wesentlichen den Ausführungen von **Abg. Ott** zu. Sie sehe es als großen Vorteil und halte es für wichtig, dass der Landkreis eine Wohnungsbaugesellschaft hätte.

Abg. Buss merkt an, dass sie **Abg. Seelgen** und **Abg. Ott** zustimme, jedoch lasse sich dies nicht über die „Team Telematikzentrum GmbH Norden“ abdecken, da diese nicht dafür zuständig sei, und es sich rechtlich nicht abbilden ließe.

Abg. Ott würde gerne hören, was die Verwaltung bisher im Bereich Wohnungsförderung unternommen habe und fordert hierzu einen Sachstandsbericht.

Abg. Seelgen stimmt den Ausführungen des Abg. Ott zu und betont, dass auch Menschen mit mittleren Einkommen betroffen seien. Aufgrund der Zahlungen des Landkreises an Tranferabhängige wäre es überlegenswert, sich des Themas „Sozialer Wohnungsbau“ anzunehmen.

Der Vorsitzende Jacobsen lässt über den folgenden Antrag von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, gestellt durch **Abg. Ott**, abstimmen.

Die Satzungsänderung zur Wirtschaftsförderung wird um den sozialen Wohnungsbau erweitert und trägt den Titel „Förderung der Wirtschaft und des sozialen Wohnungsbaus“. Das Budget soll mit 75% für den Wohnungsbau verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Der Vorsitzende Jacobsen lässt über folgenden Antrag auf Ergänzung der Satzung der Fraktion CDU/ FDP, gestellt durch **Abg. Buss**, abstimmen:

§2 Ziff.2 Punkt 8 der Satzung der „Team Telematikzentrum GmbH Norden“ wird um folgenden Satz ergänzt: „Hier wird vorrangig die Förderung der Unterbringung von geflüchteten Menschen bezweckt.“

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

Abg. Seelgen gibt zur Kenntnis, dass sie bei Stimmberechtigung den Antrag von **Abg. Buss** abgelehnt hätte.

KR Smolinski schlägt vor, dass der von **Abg. Ott** geforderte Sachstandsbericht in einem Antrag verfasst wird und im Rahmen einer nächsten Sitzung ausführlich mit der entsprechenden fachlichen Zuständigkeit vorgetragen wird.

Nach der erfolgten Abstimmung über die Änderungsanträge trägt Herr Stüber zur Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung vor. Die Präsentation liegt dem Protokoll bei.

Abg. Seelgen begrüßt die Erarbeitung eines Wirtschaftsförderungskonzeptes. Sie fragt, wer über das Konzept entscheide.

KR Smolinski antwortet, dass dies unter Leitung der Geschäftsführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, unter Einbindung des verbleibenden Amtes für Kreisentwicklung aber auch unter Einbeziehung der Unternehmen und der Politik passieren solle.

Abg. Tjaden merkt an, dass er den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV als prädestiniert dafür halte, diese Themen zu bewältigen. Er fordert eine enge Abstimmung zwischen Politik, Verwaltung und den beteiligten Unternehmen.

Der Vorsitzende Jacobsen verliest die Beschlussvorlage und lässt darüber abstimmen.

Der Kreistag beschließt vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung am 06.07.2022, die Satzungsänderung der „Team Telematikzentrum GmbH Norden“

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
⇒ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Abg. Tjaden fragt, wie sich das 9 Euro Ticket bei uns in der Region entwickelt hat.

Herr Edzards berichtet, dass das 9 Euro Ticket erst langsam angelaufen sei und nun sehr viele Urlaubsgäste das Angebot nutzen. Busse und Bahnen würden sich zunehmend füllen und die Busunternehmen würden an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Durch die Entwicklung steige der Bedarf an extra Diensten und dies sei aufgrund des Fachkräftemangels, kaum zu leisten. Dadurch gebe es unschöne Situationen, denn man könne nicht alle potentiellen Fahrgäste befördern und dies wirke sich stark negativ auf die Bewertungen im Internet und den Ruf der Busunternehmen aus. Hinzu komme, dass die Einnahmen aus dem 9- Euro Ticket nicht an die Unternehmen gingen, da die Tickets häufig nicht vor Ort erworben werden. Dadurch würde trotz steigender Fahrgastzahlen keine Wirtschaftskraft und kein Geld in die Region fließen.

Abg. Gossel beantragt für eine der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zum Bushaltestellenausbauprogramm und zu den Wartehäuschen an den Bushaltestellen.

LR Meinen merkt an, dass an einigen Orten sicherlich noch Wartehäuschen fehlten, dennoch seien an allen Hauptstrecken alle Bushaltestellen installiert. Über dieses Thema solle in einer der nächsten Sitzungen durch Matthias Hayen berichtet werden.

KR Smolinski erklärt, zur Anfrage des **Abg. Ott** (4. Sitzung AfWTÖ, TOP 10) zum Thema Auswirkungen der notwendigen Deicherhöhung vor dem Hintergrund touristischer Zwecke im Landkreis Aurich, dass man vom NLWKN die Rückmeldung bekommen habe, dass dies im Landkreis Aurich grundsätzlich nicht von Bedeutung sei, evtl. aber der Deich am Außenhafen in Norddeich in Frage käme, jedoch sei eine Erhöhung aktuell noch nicht in Planung. Sollte durch Planungsfortschritt das Thema für den Landkreis Aurich relevant werden, würde ein Vertreter des NLWKNs dem Ausschuss Bericht erstatten.

TOP 10 **Einwohnerfragestunde**

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 11 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende Jacobsen schließt die vierte Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV um 16:30 Uhr.

gez. Jacobsen
Vorsitzender

gez. Toepfer
Protokollführerin